

## Abonnementpreis:

Im deutschen Reich: In Preussen tritt jährlich  
Jährlich: . . . . 6 Thlr. 2 Thlr. Stempelgebühr,  
14 Jährlich: 1 Thlr. 15 Ngr. außerhalb des deutschen  
Reiches Post- und  
Einzelne Nummer: 1 Ngr. Stempelschlag hinzu.

## Inseratenpreise:

Für den Raum einer gespaltenen Petitsseite: 2 Ngr.  
Unter „Eingesetzte“ die Zeile: 5 Ngr.

## Erscheinung:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Abends für den folgenden Tag.

## Amtlicher Theil.

Dresden, 20. Januar. Se. Majestät der König haben den zum Griechischen Consul in Leipzig ernannten Herrn Phocion P. Raum denselbst in dieser Eigenschaft anzuerkennen gezeit.

## Nichtamtlicher Theil.

## Übersicht.

Telegraphische Nachrichten.  
Tagesgeschichte. (Dresden, Berlin, Aus Kurhessen, Fulda, Straßburg, Schwerin, Detmold, Wien, Graz, Paris, Bern, Rom, London, Moskau, Konstantinopel, New-York.)

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 25. Februar.)

Dresdner Nachrichten.  
Provinzialnachrichten. (Leipzig, Grimmaischen, Kirchberg.)

Beilage.

Telegraphische Witterungsberichte.

Wöchentlich.

Inserate.

## Telegraphische Nachrichten.

Schwerin, Mittwoch, 25. Februar, Nachmittag. (W. L. B.) Die Landstände sind heute infolge der gestern von ihnen gefassten Beschlüsse (vgl. unter „Tagesgeschichte“) auf 8 Tage vertagt worden. Für den Wiederzusammentritt derselben ist unter Aufrechterhaltung der bisherigen Vorlagen eine weitere Erklärung der Regierung in Aussicht gestellt.

Versailles, Mittwoch, 25. Februar, Abends. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Antrag auf Erhöhung der Erbschaftsteuer mit großer Mehrheit verworfen, und der Deputierte Toupet des Bignes (vom linken Cenitrum) mit 316 gegen 313 Stimmen, welche Combier (von der ägyptischen Rechten) erhielt, definitiv zum Abwählen gewählt.

Amsterdam, Donnerstag, 26. Februar. (W. L. B.) Der kürzlich gewählte Erzbischof der alt-katholischen Utrechtser Kirche, Gorisius Diepenaala hat, gutem Vernehmen nach, diese Wahl abgelehnt.

London, Mittwoch, 25. Februar, Abends. (W. L. B.) Die Admirälmäßtät hat eine nichtoffizielle Mitteilung der von Goldküsse erhalten über eine 12ständige Schlacht, welche am 31. Januar bei Acrembos stattgefunden haben soll. Die Aschantis erlitten große Verluste, die Engländer ebenfalls; mehrere Offiziere wurden verwundet. Der Kommandant der englischen Streitkräfte, Sir Garnet Wolseley, steht 15 englische Meilen von Acrembi und verlangt Verstärkung. Alle Truppen sind daher ausgeschifft. Die Regierung ist noch ohne eine direkte Depeche des Generals Wolseley.

Aus Lisabon meldet ein Specialcorrespondent, daß die Engländer den Aschantis überkumpelt worden seien und 190 Tote und Verwundete verloren hätten. Es werde befürchtet, daß die englischen Truppen abgeschnitten werden.

London, Donnerstag, 26. Februar. (W. L. B.) Ein officielles Telegramm des Generals Wolseley vom 5. Februar meldet, daß derselbe nach vier tägigen Gefechten am 4. dts. in Acrembi angekommen ist. Der König der Aschantis hatte die Stadt verlassen und sollte zur Unterschrift der Friedensbedingungen am 5. in das Hauptquartier Wolseley's kommen. Die Engländer haben 300 Tote und Verwundete verloren.

Bon der diesjährigen japanischen Gesandtschaft wird ein derselben aus Nagasaki zugegangenes Telegramm veröffentlicht, nach welchem bereits 3000 Mann japanischer Truppen auf dem Schauspiel der letzten Unruhen eingetroffen sind. Derselben

## Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswirkt:  
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionair des Dresdner Journals;

ebendas: Eugen Fort u. B. Freyer, Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Düss.-Frankfurt a. M., Hausestein & Vogler, Berlin-Wien-Hannover-Frag-Lipps-Frankfurt a. M., München: Hud. Moes, Berlin: A. Metzger, Innsbruck, H. Albrecht, Bremen: E. Schulte, Bremen: L. Stange, Bielefeld: Chemnitz: F. Voigt, Frankfurt a. M.: E. Jasper, oben u. J. C. Hermanns'che Buchdr. Düsseldorf Co., Görlitz: Jno. D., Hannover: C. Schäfer; Paris: Haras, Lafitte, Ballier & Co., Stuttgart: Dörde & Co., Südd. Annonsen-Büro, Wies: Al. Oppel.

Herausgeber:  
Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Margarethenstrasse No. 1.

ist, nach Mittheilung der Gesandtschaft, eine erhebliche Bedeutung nicht zuschreiben und steht eine völlige Wiederherstellung der Ordnung in naher Aussicht.

Moskau, Mittwoch, 25. Februar, Abends. (W. L. B.) Die Kattow (sie „Moskauer Zeitung“) beschreibt die hohe Bedeutung des Besuchs des Kaisers von Österreich, wobei sie zu dem Schluß kommt, daß das Interesse Russlands gegen jede Gebietsvergrößerung spreche, und weiß weiter nach, daß die Bestrebungen für Schaffung eines pan-slawistischen Staates als absurd zu bezeichnen seien.

## Tagesgeschichte.

Dresden, 26. Februar. Vom Reichs-Gesetzblatt ist das 6. Stück vom Jahre 1874 heute hier eingetroffen. Dasselbe enthält: Art. 1859) Gesetz vom 18. Februar d. J., die Feststellung eines Haftzugs zum Haushaltsetat des deutschen Reichs für das Jahr 1874 bestehend.

Berlin, 25. Februar. Da das Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers und Königs an den Grafen Russell in die öffentliche Sicht gelangt ist, jedoch in der Form einer Rücküberlegung, die als solche nicht den urprünglichen Wortlaut wieder gibt, so publicirt der „St. Anz.“ im Nachstehenden das deutsche Original des von 18. d. M. datirten allerdeutsch Schreibens:

„Lieber Graf Russel!  
Das Schreiben Eures Herrlichkeit vom 23. vor. Mts. ist mir mit den Resolutionen der großen Versammlungen in London und mit den Berichten Meines Botschafters über den Verlauf des letzten ausgegangen.

Ich dankt Ihnen aufrecht für diese Mittheilung und für den für begleitendes Ausdruck Ihrer persönlichen Gründung. Wir liegen die Führung Meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen Ihnen frühere deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit entschiedenem Blute gegen eine Macht zu führen geahnt haben, deren Herrschaft und in seinem Lande des Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Bevölkerung erwidert, so wie wir die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität der Geiste nicht bloß in Deutschland in Frage stellt.

Ich führe diesen hier aufgeführten Kampf in Erfüllung Meiner körnigsten Pflichten und in seinem Beträumen auf Gottessiegreichen Sieg, aber auch in dem Geiste der Achtung vor dem Glauben, Habitus und der evangelischen Tugend, welchen Meine Vorhaben dem Heide und der Verwaltung Meiner Staaten angewidt haben. Auch die neueren Geistesvorlagen Meiner Regierung lassen die katholische Kirche und die freie Religionsausübung ihrer Gläubiger nicht un-

wirken da, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität der Geiste nicht bloß in Deutschland in Frage stellt.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben mit Meinen aufrichtigen Dank für Kenntnis der Herren bringen zu wollen, welche die Resolutionen unterschrieben haben, und verbleibe

Eurer Herrlichkeit wohlgegenwärtig.

— Der Ausdruck des Bundesrats für Justizwesen und die vereinigten Auschüsse für das Seezeichen und für Rechnungsrechen belasten heute Sitzungen. — Bekanntlich liegt es schon längst im Plane der Reichsregierung, ein neues Prüfungsreglement für die Einjährig-Freiwilligen festzustellen. Wie nun der „St. Anz.“ von hier geschrieben wird, ist der Entwurf eines solchen aus der gemeinsamen Thatigkeit des Kriegsministeriums, sowie der Ministerien des Innern und des Cultus hervorgegangen und liegt jetzt zur weiteren Beschlussnahme vor. — Die beiden Häuser des Landtags sind heute bis zum 13. April veragt worden. Ein Abgeordnetenhaus wurde zuvor die Resolution des Abg. Dr. Simon, der königl. Staatsregierung aufzufordern, die beiden neuen Pfarrstellen zu errichten und die Zusammenfügung des Landtags und die Ausübung der händischen Rechte betreffend. Ein vom Gabinettsminister v. Holtzendorff unterzeichnetes Pro memoria an den Fürsten motiviert die Zusammenfügung eines außerordentlichen Landtags namentlich im Hinblick auf das vorhandene Deficit herbeigeführte Vermehrung der Staatschulden um jährlich 30 000 Thlr.: eine Calamität, welche das Land auf das Schwert schlägt.

Aus Kurhessen, 24. Februar, berichtet das „St. Journ.“: Was die Sitzung der Kirchspielparfone in Kiedrichen zu dem evangelischen Befreiungsverein betrifft, so wird uns heute von durchaus competenter Seite mitgetheilt, daß die kirchliche Behörde keineswegs von allen Patronen die Präsentation des Kandidaten für die Neuwahl der Pfarrstellen erwarten darf. Diese Petri, die königl. Staatsregierung aufzufordern, so bald als möglich dem Landtag eine Vorlage zu machen, durch welche die rechtlichen Grundsätze in Bezug auf die Schließung und Trennung der Kirche einheitlich für die ganze Monarchie geregelt werden, in Schlussabstimmung angenommen. — Der „Preu.-Korr.“ zu-

folge wird das Einliehegefecht nach erfolgter allgemeiner Volleziehung unvermeidlich verhandelt werden und am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. — Das halb-offizielle Organ beschäftigt sich heute u. ll auch mit dem neuen gemeinsamen diözesanen Rundschreiben, in welchem die katholischen Bischöfe Preußens aus Anlaß der Verhaftung des Erzbischofs von Polen noch ein Mal ihre Stimme erheben, um sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß sie Rebellen seien oder daß sie die Schuld tragen, wenn die katholische Kirche in Preußen vielleicht einer völligen Verlierung preisgegeben werde, und sagt: „Nicht der Erzbischof oder die Herzöge sind das einzige Bisschöfe, sondern die Herzöge sind der Verdacht der katholischen Kirche und die Schuld daran, daß die Befreiung zwischen Staat und Kirche entstanden ist und all das Unzuträglich über die Kirche kommt.“

— Berlin, 25. Februar. Der Reichstag beschloß heute auf den Antrag des Abg. Dr. Reichenberger (Greifswald) nach längerer, aber sich wesentlich nur über lokale Verhältnisse verbreitender Diskussion, den Reichsstaat aufzufordern, den hinter dem Kriegsministerium, der chemischen Porzellananstalt und dem Herrenhaus gelegene Terrain soweit erforderlich zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes zu verwenden. (Vgl. untenstehendes Sitzungsbericht.) Die nächste Sitzung wurde auf Dienstag den 3. März anberaumt, um den Gewissenheit zu lassen, die ihnen überwiegenden Arbeiten sowohl thunlich zu erleben. — Heute hat ein gemeinschaftliches Diner der national-liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutlichen Reichstages in der Theatervorhalle der Reichsregierung stattgefunden. Anwesend waren etwa 200 Abgeordnete, darunter alle hervorragenden Parteiführer. Den ersten Toast brachte der Reichstagspräsident v. Hordern aus auf den Kaiser Wilhelm unter begeisterten Zuspruch der Versammlung. Darauf tröstete v. Bemmigsen, unter dankbarer Herzerhebung der großen Verdienste des Dr. Simon, auf denjenigen Reichstagspräsidenten v. Hordern, der alsdann auf den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, v. Bemmigsen, einen Toast aussprach, in welchem er besonders hervorhob, daß jetzt die national-liberalen Partei wegen ihrer Bedeutung sich stets ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt sein müsse. Weiter folgte ein Toast des Dr. Bölk auf die Presse, welche durch den Redakteur der „Nat. Ztg.“, Dr. Sabel, der dankend erwiderte, vertreten war.

Aus Kurhessen, 24. Februar, berichtet das „St. Journ.“: Was die Sitzung der Kirchspielparfone in Kiedrichen zu dem evangelischen Befreiungsverein betrifft, so wird uns heute von durchaus competenter Seite mitgetheilt, daß die kirchliche Behörde keineswegs von allen Patronen die Präsentation des Kandidaten für die Neuwahl der Pfarrstellen erwarten darf. Diese Petri, die königl. Staatsregierung aufzufordern, so bald als möglich dem Landtag eine Vorlage zu machen, durch welche die rechtlichen Grundsätze in Bezug auf die Schließung und Trennung der Kirche einheitlich für die ganze Monarchie geregelt werden, in Schlussabstimmung angenommen. — Der „Preu.-Korr.“ zu-

folge wird das Einliehegefecht nach erfolgter allgemeiner Volleziehung unvermeidlich verhandelt werden und am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. — Das halb-offizielle Organ beschäftigt sich heute u. ll auch mit dem neuen gemeinsamen Rundschreiben, in welchem die katholischen Bischöfe Preußens aus Anlaß der Verhaftung des Erzbischofs von Polen noch ein Mal ihre Stimme erheben, um sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß sie Rebellen seien oder daß sie die Schuld tragen, wenn die katholische Kirche in Preußen vielleicht einer völligen Verlierung preisgegeben werde, und sagt: „Nicht der Erzbischof oder die Herzöge sind das einzige Bisschöfe, sondern die Herzöge sind der Verdacht der katholischen Kirche und die Schuld daran, daß die Befreiung zwischen Staat und Kirche entstanden ist und all das Unzuträglich über die Kirche kommt.“

— Wien, 25. Februar. (Bob.) Der Kaiser trifft Freitag früh um 5½ Uhr am Nordbahnhof ein, wobei er von den Ministern, den Reichsräten und dem Bürgermeister empfangen wird. Montag oder Dienstag wird der Kaiser mit dem Grafen Andrássy nach Pest sich de-

cken.

Graz, 23. Februar. Man schreibt der „Allg. Ztg.“ in Sachen der clericalen Agitation: Unter streitbarem Fürstbischof Dr. Zwinger hat gestern von allen Kanzeln herab ein öffentlicher Brief an alle Bischöfe und Prälaten gerichtet, der sich mit dem im Reichsrat eingeschriebenen konfessionellen Vorlagen noch nicht unmittelbar befaßt, allein doch schon die Parteilichkeit des Kanzlers ahnen läßt, auf welchen Dr. Zwinger sich vorbereitet. In sehr grellen Farben schildert der Fürstbischof seinen Kämpfen die Geistlichen, denen der „Glaube“ entzogen ist, und fordert sie auf, ehrliche Rückkehr auf die Schwierigkeiten, ohne Rückicht auf das persönliche und geistliche Wohl auch ihrerseits einen Streit anzunehmen, der unvermeidlich ist, der aber zu Gunsten der Kirche aussfallen müsse, wenn es ihren Anhängern nur an Mut und Ausdauer nicht gebricht. Auch sonst werden alle Mittel in Anwendung gebracht, um die Bevölkerung in eine frigierische Sitzung zu versetzen. Zu Tausenden verbreitet man unter den Landleuten eine Propaganda, die die Zusammenfügung eines außerordentlichen Landtags namentlich im Hinblick auf das vorhandene Deficit herbeigeführte Vermehrung der Staatschulden um jährlich 30 000 Thlr.: eine Calamität, welche das Land auf das Schwert schlägt.

Strassburg, 25. Februar. (Tel.) Das „Ehämische Journal“ richtet an die elsässisch-lorraine Abgeord-

eten, welche den Reichstag verlassen haben, die ehrliche Rücksicht auf die von ihnen vertriebenen gemeinsamen Interessen in denselben wieder einzutreten. — Dasselbe Blatt enthält eine Aufschrift vom Prof. Bluntschli in Heidelberg, in welcher dieselbe unter Bezugnahme auf das vom Abg. Teutsch in der Reichstagsitzung vom 18. d. angeführte Statut aus seinem Handbuch des Völkerrechts erklärt, wenn letzterer richtig und vollständig citirt hätte, würde sich Jedermann überzeugt haben, daß die fragliche Stelle keine Bestätigung, sondern eine ungemein wichtige widerlegung der von Teutsch aufgestellten Behauptung enthält. Er müßte daher gezeigt werden, die mißbräuchliche Ausführung seines Namens Verwahrung einzulegen.

— Schwerin, 24. Februar. Heute haben die Standesberatungen der einzelnen Stände des Landtags über die Frage der künftigen Landesvertretung stattgefunden. Die Landschaft hat ihren Beschluß vom 21. d. W., wonach sie mit dem Prinzip einer einheitlichen Landesvertretung und mit Beteiligung der Ritterschaft und Landschaft als selbstständiger Faktoren der Landesgesetzgebung sich einverstanden erklärt, mit dem Hinzufügen wiederholte, daß eine Verhinderung über die Ausführungsbestimmungen erreichtbar scheine, sobald auch die Ritterschaft die regierungsmäßig proprieerte Basis acceptire. Die Ritterschaft beschloß zunächst verschiedene Mobi-ficationen der Vorlage, hat aber dann bei der Abstimmung über die ganze Vorlage lebhaft mit 84 gegen 82 Stimmen abweichen lassen, die ihnen überwiegenden Arbeitern sowohl thunlich zu erleben. — Heute hat ein gemeinschaftliches Diner der national-liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutlichen Reichstages in der Theatervorhalle der Reichsregierung stattgefunden. Anwesend waren etwa 200 Abgeordnete, darunter alle hervorragenden Parteiführer. Den ersten Toast brachte der Reichstagspräsident v. Hordern aus auf den Kaiser Wilhelm unter begeisterten Zuspruch der Versammlung. Darauf tröstete v. Bemmigsen, unter dankbarer Herzerhebung der großen Verdienste des Dr. Simon, auf denjenigen Reichstagspräsidenten v. Hordern, der alsdann auf den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, v. Bemmigsen, einen Toast aussprach, in welchem er besonders hervorhob, daß jetzt die national-liberalen Partei wegen ihrer Bedeutung sich stets ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt sein müsse. Weiter folgte ein Toast des Dr. Bölk auf die Presse, welche durch den Redakteur der „Nat. Ztg.“, Dr. Sabel, der dankend erwiderte, vertreten war.

— Wien, 25. Februar. (Bob.) Der Kaiser trifft Freitag früh um 5½ Uhr am Nordbahnhof ein, wobei er von den Ministern, den Reichsräten und dem Bürgermeister empfangen wird. Montag oder Dienstag wird der Kaiser mit dem Grafen Andrássy nach Pest sich de-

cken.

— Graz, 23. Februar. Man schreibt der „Allg. Ztg.“

in Sachen der clericalen Agitation: Unter streitbarem

Fürstbischof Dr. Zwinger hat gestern von allen Kanzeln herab ein öffentlicher Brief an alle Bischöfe und Prälaten gerichtet, der sich mit dem im Reichsrat eingeschriebenen konfessionellen Vorlagen noch nicht unmittelbar befaßt, allein doch schon die Parteilichkeit des Kanzlers ahnen läßt, auf welchen Dr. Zwinger sich vorbereitet. In sehr grellen Farben schildert der Fürstbischof seinen Kämpfen die Geistlichen, denen der „Glaube“ entzogen ist, und fordert sie auf, ehrliche Rückkehr auf die Schwierigkeiten, ohne Rückicht auf das persönliche und geistliche Wohl auch ihrerseits einen Streit anzunehmen, der unvermeidlich ist, der aber zu Gunsten der Kirche aussfallen müsse, wenn es ihren Anhängern nur an Mut und Ausdauer nicht gebricht. Auch sonst werden alle Mittel in Anwendung gebracht, um die Bevölkerung in eine frigierische Sitzung zu versetzen. Zu Tausenden verbreitet man unter den Landleuten eine Propaganda, die die Zusammenfügung eines außerordentlichen Landtags namentlich im Hinblick auf das vorhandene Deficit herbeigeführte Vermehrung der Staatschulden um jährlich 30 000 Thlr.: eine Calamität, welche das Land auf das Schwert schlägt.

— Strassburg, 25. Februar. (Tel.) Das „Ehämische Journal“ richtet an die elsässisch-lorraine Abgeord-

eten, welche den Reichstag verlassen haben, die ehrliche Rücksicht auf die von ihnen vertriebenen gemeinsamen Interessen in denselben wieder einzutreten. — Dasselbe Blatt enthält eine Aufschrift vom Prof. Bluntschli in Heidelberg, in welcher dieselbe unter Bezugnahme auf das vom Abg. Teutsch in der Reichstagsitzung vom 18. d. angeführte Statut aus seinem Handbuch des Völkerrechts erklärt, wenn letzterer richtig und vollständig citirt hätte, würde sich Jedermann überzeugt haben, daß die fragliche Stelle keine Bestätigung, sondern eine ungemein wichtige widerlegung der von Teutsch aufgestellten Behauptung enthält. Er müßte daher gezeigt werden, die mißbräuchliche Ausführung seines Namens Verwahrung einzulegen